

Ständerat

06.3109

Interpellation Frick

Kostensenkung und breitere Anwendung von eGovernment durch koordinierte Standards

Wortlaut der Interpellation vom 23. März 2006

Ich bitte den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch sind die IKT-Ausgaben des Bundes, der Kantone und der Gemeinden der Schweiz?
2. Wie haben sich diese Kosten in den letzten 5 bis 10 Jahren entwickelt?
3. Wie viele dieser Ausgaben könnten eingespart werden, wenn Kantone einheitliche Standards untereinander und gegenüber den Gemeinden verwenden würden?
4. Ist er bereit, einvernehmlich darauf hinzuwirken, namentlich durch Koordination und Empfehlungen, dass sich einheitliche Standards in der ganzen Schweiz etablieren?

Mitunterzeichnende

Bieri, Bürgi, Fetz, Heberlein, Hofmann Hans, Inderkum, Jenny, Kuprecht, Langenberger, Leumann, Maissen, Reimann, Saudan, Schmid-Sutter Carlo, Slongo, Sommaruga Simonetta, Wicki (17)

Begründung

Bund, Kantone und Gemeinden bilden zusammen im eGovernment die Informatiklandschaft der Schweiz. Den Gemeinden kommt dabei als Bindeglied zwischen Bevölkerung und Staat eine Schlüsselrolle zu. So hat eCH (vgl. www.ech.ch) viele der zwischen Bürger und Staat ablaufenden Prozesse normiert, unter der Berücksichtigung von internationalen Standards. In den letzten Jahren, wurden also bereits viele praktikable Grundlagen für eGovernment-Projekte erarbeitet.

Nun zeigt es sich aber, dass viele Kantone eigene Schnittstellen zu den Gemeinden definieren. Unbeachtet der Tatsache, dass die Bedürfnisse der Gemeinden in grossen Teilen praktisch in der ganzen Schweiz identisch sind. Wohl sind die Kantone autonom, das eGovernment in ihrem Bereich zu regeln. Doch wird durch diese kantonal unterschiedlich definierten Schnittstellen der Markt pro Kanton faktisch abgeschottet. Es fällt Herstellern und Dienstleistern schwer, Produkte zu entwickeln, die in mehreren Kantonen verwendbar sind.

Die Auswirkungen sind in mehrfacher Hinsicht nachteilig:

- Es verteuert zum einen die Produkte enorm; zum andern entwickelt sich für die Gemeinden nur ein beschränkter Markt von eGovernment-Produkten.
- Für die Gemeinden - aber auch für Kantone - bedeutet dies eingeschränkte Wahlmöglichkeiten und überteuerte Produkte, was einen effizienten und kostengünstigen IKT-Einsatz behindert.
- Für unser Land, das hinsichtlich eGovernment keinen vorderen Platz einnimmt, führt dies zu einem wachsenden Rückstand.

Antwort des Bundesrates

Zu 1 und 2. Sinnvoll vergleichbare Zahlen liegen für den Bund seit 2001 vor. Die IKT-Ausgaben gemäss Staatsrechnung in Millionen Franken sind in der Tabelle zusammengefasst.

	R2001	R2002	R2003	R2004	R2005	V2006
Total	623	716	730	690	632	709
Personalausgaben	178	203	211	215	205	213
Sach- und Investitionsausgaben	445	513	519	475	426	496

Nicht bekannt sind vergleichbare Zahlen von Kantonen und Gemeinden. Eine Anfrage bei der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK) ergab, dass die SIK zwar eine Arbeitsgruppe "Controlling Finanzen" führt, in dieser Arbeitsgruppe zur Zeit erst 12 Kantone mitarbeiten und noch keine einheitliche Basis besteht.

3. Wie bereits bei der Antwort auf die Frage 1 erwähnt, sind weder dem Bundesrat noch der SIK IKT-Finanzzahlen der Kantone oder Gemeinden bekannt. Ebenso wenig ist der Grad der Standardisierung bekannt. Es ist deshalb nicht möglich, ein entsprechendes, durch gemeinsame Standardisierung bedingtes Einsparpotential zu berechnen.

4. Der Bund hat 2002 die Initiative und den Verein eCH für Standardisierungen im eGovernment aus der Taufe gehoben und beteiligt sich als Mitglied und in allen relevanten Gremien und Fachgruppen an den Standardisierungsarbeiten. Gegenwärtig gehören eCH neben dem Bund 20 Kantone, 18 Städte, 5 Hochschulen, 12 Organisation und 82 Wirtschaftsunternehmen an.

Zudem hat der Bundesrat, im Zusammenhang mit der Verabschiedung seiner revidierten Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz vom 18. Januar 2006, die Erarbeitung einer schweizweiten eGovernment-Strategie in Auftrag gegeben. Ein zentrales Ziel dieser Strategie ist es, auf allen Stufen der Verwaltung in der Schweiz Doppelspurigkeiten zu vermeiden und Skaleneffekte zu erzielen und somit letztlich Kosten zu senken. Wo möglich, sollen Bausteine einer eGovernment-Architektur standardisiert werden, damit sie als generische Services genutzt werden können.

Der Bundesrat ist bereit, Anstrengungen zur Standardisierung auf allen Staatsebenen weiterhin und verstärkt zu unterstützen. Damit diese erfolgreich sind, sind die Mitarbeit der Mehrzahl der Kantone und der Städte und deren Bereitschaft, Standards auch anzuwenden nötig. Der Bund in seinem Bereich ist bereit, die eCH Standards wo immer möglich zu übernehmen.